

Positionspapier von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg zu den Vorschlägen der Landesregierung zur Neuordnung der Kreisgrenzen

Es ist völlig unklar, warum bereits Kreisgrenzen diskutiert werden, bevor geklärt ist welche Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen in Zukunft gelten soll. Für uns ergibt eine Gebietsreform nur Sinn, wenn diese mit einer Funktional- und Finanzreform sowie einer Ausweitung von demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten Hand in Hand geht. Es muss deutlich werden, dass durch die Reform Mittel eingespart werden, die für Dienstleistungen wie ÖPNV, Kultur oder soziale Dienste eingesetzt werden können. Auch muss gesichert werden, dass durch die Nutzung digitaler Möglichkeiten und durch den Betrieb von Bürger*innenbüros die Wege für die Verwaltungsangelegenheiten nicht länger werden.

Wir kritisieren darüber hinaus, dass Minister Schröter behauptet, der Vorschlag sei sachlich begründet und eine politische Diskussion deshalb nicht nötig. Für uns Bündnisgrüne steht fest: Es gibt immer Alternativen! Wer in das neoliberale Horn der Alternativlosigkeit bläst, untergräbt die Grundlagen der demokratischen Auseinandersetzung! Wir Bündnisgrünen haben den Prozess der Kommunalreform bisher kritisch und differenziert begleitet und wollen das auch weiterhin tun.

Allerdings lehnen wir es ab, uns in die unheilvolle Phalanx von CDU, AfD und BVB/Freie Wähler einzureihen. Denn gar keine Reform ist auch keine Lösung. Die CDU hat einmal die Enquetekommission mit eingefordert, heute verweigert sie sich komplett. Wenn sie ernsthaft das komplette Leitbild zum Scheitern bringen will, dann würde sie damit auch die darin vorgesehenen Teile der Entschuldung, das Amtsgemeindemodell und die strukturelle Absicherung landesbedeutsamer Kultureinrichtungen zu Fall bringen. Auch das vorgeschlagene Alternativmodell stärkerer Kooperationen ist ein Hirngespinnst. Wenn Verwaltungsaufgaben übertragen werden, Landräte und Kreistage aber erhalten bleiben, kommt es nur zu unübersichtlichen Strukturen, demokratischen Legitimationsproblemen und zu hohen Reibungsverlusten. Damit würden Probleme nur verschoben aber nicht aufgehoben. Wir Bündnisgrüne werden nicht zu dieser Harakiri-Volksinitiative aufrufen.

Für die Neuordnung der Kreisgrenzen haben wir unsere Kriterien entwickelt, an denen wir die Vorschläge messen wollen. Wir haben eine Mindesteinwohnerzahl von 150.000 benannt, die in dünn besiedelten Gebieten bis auf 120.000 unterschritten werden kann. Das waren auch die Ziele der 1993 durchgeführten Kreisgebietsreform. Die Flächenobergrenze stellt für uns die Fusion der Landkreise Prignitz und Ostprignitz-Ruppin (4.665km²) dar. Das Sektoralkreisprinzip betrachten wir als richtig, haben aber Grenzen formuliert, indem wir einen Anschluss der Lausitz oder der Prignitz an das Berliner Umland abgelehnt haben. Kreisgrenzen wollen wir möglichst beibehalten, haben aber Gründe für Ausnahmen formuliert: u.a. wenn sich Ämter oder Gemeinden über Kreisgrenzen hinweg zusammenschließen, wenn das Siedlungsgebiet der Sorben und Wenden zusammengeführt

werden kann, oder wenn Stadt-Umland-Beziehungen nicht unterbrochen werden sollen.

Die vorgeschlagenen Lösungen im Norden, Westen und Osten erfüllen diese von uns formulierten Kriterien. Die vorgeschlagenen Fusionen von Teltow-Fläming mit Dahme-Spreewald sowie von Cottbus mit Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster lehnen wir dagegen vehement ab. Nach unseren Kriterien sind beide vorgeschlagenen Kreisgebilde riesig und der Lausitzkreis liegt deutlich über der von uns formulierten Obergrenze. Kreistagsabgeordnete, Ehrenamtliche und kreislich organisierte Verbände wären hier vor unzumutbare Entfernungen gestellt. Deutschlandweit wäre nur der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte größer – ein Kreis, der zu knapp zehn Prozent mit Wasser bedeckt ist! Hier zeigt sich, dass die Landesregierung ihre Flächenobergrenze zu hoch angesetzt hat. Auch mit Blick auf die Einwohnerzahlen wären beide die mit Abstand größten Landkreise im Land. Darüber hinaus ist keine Stringenz zu erkennen, da Oberhavel und Märkisch-Oderland selbstständig bleiben, während hier die ganz großen Lösungen angestrebt werden. Auch würden die Regionalen Planungsgemeinschaften zerschnitten. Und nicht einmal der mögliche Vorteil großer Fusionen im Süden wird erreicht – die Zusammenführung des Spreewaldes und/oder des Siedlungsgebiets der Sorben in eine Verwaltungseinheit.

Die alternativ diskutierten Anschlüsse von Elbe-Elster nach Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz nach Dahme-Spreewald lehnen wir als Überstrapazierung des grundsätzlich richtigen Sektoralkreisprinzips ebenfalls ab. Nach unseren Kriterien können Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald auch allein bestehen und es würde ausreichen Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz sowie Cottbus und Spree-Neiße zu fusionieren. Durch diese Fusionen würden auch bereits die im Leitbild festgelegten Kriterien für die Mindesteinwohnerzahl erfüllt, sodass völlig unklar ist, warum die Landesregierung an dieser Stelle größere Lösungen anstrebt.

Wir erwarten von Ministerpräsident Woidke, dass er klar Farbe bekennt, wie er zu den durch die Minister Schröter und Görke vorgestellten Vorschlägen steht. Politische Spielchen, in denen einzelne Minister Vorschläge vorlegen, lokale SPD-Gruppen wie Szymanski, Freese und Loge als Verteidiger der lokalen Interessen auftreten und der gutmütige Ministerpräsident am Ende einen Kompromiss vorlegt sind für diese Reform nicht angebracht. Wir erwarten stringentes und nachvollziehbares Handeln der Landesregierung!

Ebenfalls klar ist für uns, dass es nach Abschluss einer Kreisgebietsreform einen finanzielle Ausgleich zwischen den wirtschaftlich starken Landkreisen im Berliner Umland und den peripheren Landkreisen geben muss. Hier erwarten wir konkrete Vorschläge von der Landesregierung. Alle weiteren von uns aufgestellten Forderungen bezüglich der Funktionalreform, der Ausweitung der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten und der nachhaltigen Finanzstruktur im Rahmen der Verwaltungsstrukturereform bleiben von diesem Positionspapier zur Kreisneugliederung unberührt.

Dieses Positionspapier beruht auf folgenden Beschlüssen:

"Risiken erkennen. Chancen nutzen. - Brandenburgs Handlungsfähigkeit sichern" beschlossen auf dem Landesparteirat (LPR) im Mai 2015 in Falkensee. (<http://gruenlink.de/1061>)

"Grüne Forderungen zum Leitbild der Verwaltungsstrukturereform – Dienstleistungen sicherstellen, Demokratie ausweiten, Finanzen nachhaltig aufstellen" beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im April 2016 in Wittenberge. (<http://gruenlink.de/1772>)